

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ASP 12 G 342

B-1047 BRÜSSEL

TEL: +32 2 284 5191

FAX: +32 2 284 9191

Email:

[erika.mann@europarl.europa.eu](mailto:erika.mann@europarl.europa.eu)



Erika Mann



EUROPABÜRO

ODEONSTR. 15/16

D-30159 HANNOVER

TEL: +49 511 1674 268

FAX: +49 511 1674 263

[Europabuero-](mailto:Europabuero-erika.mann@spd.de)

[erika.mann@spd.de](mailto:erika.mann@spd.de)

---

## Newsletter September 2007

Liebe Leserinnen und Leser,

hiermit erhalten Sie meinen aktuellen Newsletter, der einen Überblick über einige wichtige politische Ereignisse gibt. Darüber hinaus enthält er wie gewohnt Hinweise auf interessante Publikationen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Erika Mann

## Maritime Politik in Niedersachsen: Leiter der „Task-Force Maritime Policy“ der Europäischen Kommission John Richardson am 13. September in Wilhelmshaven

*Erika Mann hat John Richardson gebeten nach Wilhelmshaven und Hamburg zu kommen, und wird ihn bei den Gesprächen und Besichtigungen begleiten. Eine ausführliche Beschreibung zu den europäischen Ideen einer modernen Meerespolitik finden Sie ab dem 20. September auf der Internetseite [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com)*

In einem 150-Kilometer-Bereich an der Nordseeküste leben 80 Millionen Menschen. Die Nordsee selbst ist ein wichtiger Handelsweg und Europas Zugang zu den Weltmärkten. Die südliche Nordsee ist zusammen mit dem angrenzenden Ärmelkanal die am dichtesten befahrene Schifffahrtsregion in der Welt. Unter dem Meersboden befinden sich zudem größere Erdöl- und Erdgasreserven. Schon jetzt ist der Seehandel für Niedersachsen mit seinen Häfen Brake, Cuxhaven, Emden, Leer, Nordenham, Oldenburg, Papenburg, Stade-Bützfleth und Wilhelmshaven von großer Bedeutung. Der Bau des Deutschen Container-Tiefwasserhafens JadeWeserPort in Wilhelmshaven komplettiert das Angebot Niedersachsens und Norddeutschlands im Hafenbereich. Nicht allein deshalb ist der Nordseeraum für das Küstenland Niedersachsen aber auch der Ostseeraum von vielfältigem Interesse.

[http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_de.html)

[http://www.niedersachsen.de/cda/article/modules/imagezoomer/C37464496\\_L20\\_D0\\_I198.html](http://www.niedersachsen.de/cda/article/modules/imagezoomer/C37464496_L20_D0_I198.html)

## Importe von Spielwaren europäischen Standards anpassen

In den letzten Wochen wurden immer wieder Spielwaren verschiedener Hersteller, die in China produziert wurden, zurückgerufen. In allen Fällen waren die Spielwaren erheblich mit gefährlichen Schadstoffen belastet.

*Erika Mann geht davon aus, dass dies keine Einzelfälle sind, sondern dass es darüber hinaus auch in vielen anderen Fällen Belastungen gibt. China ist besonders im Bereich von Billigprodukten zum Weltproduzenten geworden. Gleichzeitig ist das Land jedoch nicht ausreichend in der Lage, nach europäischen oder auch amerikanischen Standards zu produzieren. Allerdings ist dies nicht nur ein Problem Chinas, sondern offenbart auch Schwachstellen in Europa.*

Deshalb sind dringend Konsequenzen nötig. Die derzeitigen Verhandlungen mit China (strategisches Partnerschaftsabkommen) sowie mit Korea, Indien und den ASEAN Staaten (bilaterale Freihandelsabkommen) bieten dazu eine gute Möglichkeit. Es ist notwendig, dass die europäischen Regulierungen bei für den Export vorgesehenen Produkten aus China in vollem Umfang berücksichtigt werden. In Folge dessen müssen auch die Kontrollen entsprechend durchgeführt werden. Nur so können für den europäischen Markt produzierte Waren auch den geltenden Qualitäts- und Sicherheitsstandards entsprechen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, bestimmte Arbeitsschutz- und Umweltschutzstandards in den Verhandlungen zu berücksichtigen.

Auf eine Initiative von Erika Mann hin, wird sich das Europäische Parlament in Straßburg vom 23.-27. September mit dieser Problematik befassen und ggf. eine Resolution dazu verabschieden. Wir werden Sie über das weitere Vorgehen auf dem Laufenden halten.

## Neuer Aktionsplan gegen Terror - dennoch: Regelungen zur Mitnahme von Flüssigkeiten im Flugzeug überprüfen

Der für Sicherheit zuständige EU-Kommissar Franco Frattini hat vor dem Europäischen Parlament angekündigt, im November einen neuen Aktionsplan gegen den internationalen Terrorismus vorzustellen. Darin sollen Maßnahmen zu einer besseren Kontrolle von Sprengstoffen und eine effizientere Überwachung von potentiellen Terroristen vorgeschlagen werden. Zum Beispiel durch die Überwachung von potentiell gefährlichen Inhalten im Internet, die z.B. Anleitungen zum Bau von Sprengstoff enthalten.

Das Europäische Parlament wiederum hat am 5. September eine Resolution verabschiedet, in der die Kommission aufgefordert wird, die derzeit geltenden Bestimmungen in Bezug auf das Mitführen von Flüssigkeiten im Flugzeug dringend zu überprüfen. Die Abgeordneten unterstützen zwar alle Sicherheitsmaßnahmen zur Vorbeugung gegen Terroranschläge im Luftraum, jedoch wird die Sinnhaftigkeit der derzeit geltenden Verordnung (EG/1546/2006) angezweifelt. Unter anderem äußern die Abgeordneten Bedenken gegenüber den Kosten der Sicherheitsmaßnahmen. Diese stehen unter Umständen in einem nicht gerechtfertigten Verhältnis zu dem dadurch errungenen Mehrwert.

Zur Resolution des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0374+0+DOC+XML+V0//DE>

## Bilanz zu Roaming vorgestellt

Rund einen Monat nach dem Start des Eurotarifes (nach dem abgehende Gespräche im EU-Ausland nicht mehr als 0,49 Euro pro Minute und nicht mehr als 0,24 Euro für im Ausland erhaltene Gespräche betragen dürfen - zuzüglich MwSt.) ist eine Internetseite gestartet worden, die über die Umsetzung der Roaming-Verordnung informiert. Dort können Sie sich auch über die einzelnen Marktanbieter informieren.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/roaming/implementation/benchmark/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/implementation/benchmark/index_en.htm)

## Alkoholkonsum kontrollieren

Jährlich kommen in der EU ca. 17.000 Menschen durch Unfälle, die unter Alkoholeinfluss verursacht wurden, ums Leben. Diese Zahlen und die Zunahme des Alkoholkonsums insbesondere bei Jugendlichen hat das Europäische Parlament dazu veranlasst, im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit einen Initiativbericht zu verabschieden. Dieser Bericht "über eine EU-Strategie zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verringerung alkoholbedingter Schäden" wurde während der Plenartagung vom 3.-6. September vom Parlament angenommen. Eine knappe Mehrheit sprach sich jedoch gegen EU-weite Abschreckungsmaßnahmen wie etwa verpflichtende Warnhinweise auf alkoholischen Getränken (ähnlich denen auf Zigarettenschachteln) aus.

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/661/661497/661497de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/661/661497/661497de.pdf)

## Zukunftsweisende Strategie für die europäische Automobilindustrie

Rund 12 Millionen Menschen in der EU sind von der Automobilindustrie abhängig. Für Niedersachsen als großen Produktionsstandort ist es von erheblicher Bedeutung, wie sich der Sektor in den kommenden Jahren entwickelt. Die Bedingungen für europäische Autohersteller werden sich durch größer werdende Konkurrenz aus aufstrebenden Ländern verändern. Zudem müssen sich die Autohersteller auf restriktivere Bedingungen zur Erreichung von Umweltschutzziele einstellen.

In "CARS 21 - ein wettbewerbsfähiges Kfz-Regelungswerk" wird die neue europäische Strategie beschrieben. Ein wesentlicher Diskussionspunkt ist die Reduktion von CO<sub>2</sub> - Emissionen und die Frage, wie die Automobilindustrie die Erreichung der EU-Vorgaben (Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um insgesamt 20%) erreichen soll.

*Erika Mann ist im Ausschuss für Internationalen Handel für die Stellungnahme (federführend ist der Industrieausschuss) zuständig. In der Stellungnahme wird auf die wichtige Rolle des europäischen Automobilsektors hingewiesen. Erika Mann empfiehlt besonders in den Verhandlungen zu den bilateralen Handelsabkommen (insbesondere ASEAN, Korea und Indien) darauf zu achten, dass der Marktzugang für europäische Autos gewährleistet ist.*

Entwurf der Stellungnahme "CARS 21 - ein wettbewerbsfähiges Kfz-Regelungswerk":

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pa/674/674672/674672de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pa/674/674672/674672de.pdf)

Zum Berichtsentwurf des federführenden Industrieausschusses:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/673/673406/673406de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/673/673406/673406de.pdf)

## Staatliche Beihilfen

„Staatliche Beihilfen“ sind ein wichtiges Instrument der regionalen Entwicklung. Nach dem Artikel 87 des Nizza-Vertrags sind „staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen“. Mit dem Beginn der neuen Regionalförderung 2007-2013 gelten teilweise auch neue Beihilferegelungen.

Eine Übersicht über relevante Hinweise zu dem Thema finden Sie auf folgender Internetseite der EU-Kommission.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/state\\_aid/overview/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/overview/index_en.cfm)

Eine interessante Veranstaltung zum Thema „The law and economics of european state aid control“ der „european school of management and technology“ findet vom 8. bis zum 9. Oktober in Berlin statt.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/information/conference\\_esmt.pdf](http://ec.europa.eu/comm/competition/information/conference_esmt.pdf)

Am 27. und 28. September 2007 findet außerdem zum Thema Kohäsionsfonds in Brüssel das Vierte Europäische Kohäsionsforum statt. Regionale und lokale Vertreter aus Europa werden die Ergebnisse des vierten Kohäsionsberichtes diskutieren, den die Europäische Kommission am 30. Mai 2007 veröffentlicht hat.

## Städte privatisieren stärker als kleinere Kommunen

Laut einer Anfang September veröffentlichten Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young plant derzeit jede dritte Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern, Teile des kommunalen Besitzstandes zu privatisieren. Insgesamt plant jede sechste der befragten Kommunen für die kommenden drei Jahre Privatisierungen vorzunehmen. Vor allem kommunale Immobilien und Wohnungsbaugesellschaften sollen an private Investoren verkauft werden.

Interessantes Ergebnis der Studie ist auch, dass rund 10% der Kommunen, die in der Vergangenheit privatisiert haben, die veräußerten Aufgaben wieder in die öffentliche Hand zurückführen wollen. Jedoch sind aus dieser Tatsache laut der Studie keine Rückschlüsse darauf zu ziehen, ob die Kommunen mit der Privatisierung unzufrieden waren oder ob sie aus anderen Gründen rekommunalisieren wollen.

*Besonders wichtig ist diese Studie vor dem Hintergrund, dass die Kommission für den Herbst eine neue Mitteilung zur Daseinsvorsorge (Dienste von allgemeinem Interesse) plant. Wir werden sie rechtzeitig und ausführlich über diese Mitteilung informieren!*

Weitere Informationen zur Studie:

<http://www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=5604>

Hier können Sie die Studie auf Ihren Rechner laden:

[http://www.ey.com/global/content.nsf/Germany/Downloadformular - Studie Privatisierung - 2007](http://www.ey.com/global/content.nsf/Germany/Downloadformular_-_Studie_Privatisierung_-_2007)

## Flughafen Kassel-Calden

Zurzeit laufen mehrere Beschwerden zum Ausbau des Flughafens Kassel-Calden bei der Europäischen Kommission in Brüssel, die von einer Bürgerinitiative aus Hannoversch Münden (<http://www.hannoversch-muenden.de/>) eingereicht worden sind. Auch wenn der Flughafenausbau auf hessischem Boden erfolgen soll, so wird doch die gesamte umliegende Region (unter anderen der Süden Niedersachsens) dadurch beeinflusst.

*Aus diesem Grund unterstützt Erika Mann die Bürgerinitiative auf EU-Ebene und hat dies auch durch eine entsprechende Anfrage an die Kommission unterstützt, die Antwort muss im September eingehen.*

*1) In der Region gibt es bereits mehrere Flughäfen (Frankfurt, Frankfurt/Hahn und Paderborn). Die Erschließung neuer Flughäfen für den Tourismus ergibt wenig Sinn. Die in der Region vorhandene Infrastruktur ist ausreichend, wahrscheinlich wird nur ein Verdrängungswettbewerb zwischen den bestehenden Flughäfen einsetzen.*

*2) Die Erschließung des angrenzenden Wirtschaftsgebietes wird zum Teil aus EU-Geldern finanziert. Öffentliche Gelder werden jedoch nicht sinnvoll und nachhaltig eingesetzt. Es ist zu bezweifeln, dass ein weiterer Flughafen im ohnehin dichten deutschen Flughafenetz erfolgreich sein kann. Zwar ist verständlich, dass das strukturschwache Hessen neue Impulse erhalten soll, allerdings scheint es fraglich, ob der erwünschte Effekt tatsächlich eintreten wird. Der Erfolg des Wirtschaftsgebietes hängt fast zu 100% vom Erfolg des Flughafens ab.*

*3) Der Verdrängungswettbewerb zwischen den Flughäfen hat auch wettbewerbsrechtliche Konsequenzen. Diese Flughäfen werden nicht nur aus öffentlichen Geldern finanziert, sondern i.d.R. erhalten diejenigen Fluglinien, die extrem preisgünstige Flüge anbieten, zudem bevorzugte Konditionen. Hinzu kommt, dass Fraport AG als Dienstleister in Kassel-Calden operieren soll (zusätzlich zu Frankfurt und Frankfurt-Hahn).*

*4) Umwelt und Natur werden voraussichtlich negativ durch diese Initiative beeinflusst.*

Die Planungsunterlagen für den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden lagen bis zum 3. September öffentlich aus, sind aber weiterhin im Internet einzusehen. Ab dem 4. September können an einen Monat lang Rechtsmittel gegen den Beschluss eingelegt werden.

Die Planungsunterlagen finden Sie im Internet unter:

[http://www.rp-kassel.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl\\_15/RPKS\\_Internet/med/a23/a2310674-f38f-6411-1010-4397ccf4e69f,22222222-2222-2222-2222-222222222222,true.pdf](http://www.rp-kassel.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/RPKS_Internet/med/a23/a2310674-f38f-6411-1010-4397ccf4e69f,22222222-2222-2222-2222-222222222222,true.pdf)

## Werra-Versalzung

Im Vorfeld der geplanten Salzlageneinleitung in die Werra durch das Unternehmen K+S, von der auch die durch Niedersachsen fließende Weser betroffen sein würde, haben sich alle Fraktionen im hessischen Landtag zu diesem Vorhaben positioniert (Drucksache 16/7536 vom 2. Juli 2007). Demnach wird einerseits die

Bedeutung des Bergbaus für Hessen betont, gleichzeitig fordern die Fraktionen andererseits auch die Verringerung der Salzfracht in die Werra.

*Erika Mann hatte auch in diesem Fall eine Anfrage an die Kommission gerichtet. Die Antwort der Kommission können Sie auf folgender Webseite finden.*

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2007-0362&language=DE>

Am 6. Juli hat das Unternehmen K+S zudem einen Antrag beim Regierungspräsidium Kassel zum Bau einer Pipeline zur Salzlageneinleitung in die Werra gestellt. Zurzeit befindet sich der Antrag im Stadium der hausinternen Vorprüfung. Wann eine öffentliche Auslegung durchgeführt wird, steht noch nicht fest.

<http://www.k-plus-s.com/de/presse/presseinformationen/news.html?uri=/de/data/news/presse-070706.html>

[http://www.k-plus-s.com/export/sites/k-plus-s.com/de/pdf/2007/projektpraesentation\\_salzwasserleitung.pdf](http://www.k-plus-s.com/export/sites/k-plus-s.com/de/pdf/2007/projektpraesentation_salzwasserleitung.pdf)

## Verfahren gegen E.ON

Wegen möglicher Vereinbarungen zwischen E.ON, dem größten Energieversorger in Niedersachsen, und Gaz de France hat die EU-Kommission ein Kartellverfahren gegen die beiden Unternehmen aufgenommen. Den Unternehmen wird vorgeworfen, Absprachen getroffen zu haben, auf dem jeweils anderen Markt nicht tätig zu werden. Trotz der Liberalisierung des Gasmarktes findet in der EU kein Wettbewerb in den jeweiligen Heimatländern statt. Durch fehlenden Wettbewerb können Verbraucher nicht von niedrigeren Preisen profitieren oder ihre Anbieter frei wählen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7251\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7251_de.htm)

## Beihilfen von 120 Mio. Euro für das Projekt THESEUS genehmigt

Eine Zuwendung von 120 Mio. Euro ist von der Kommission gebilligt worden, die Deutschland für die Einleitung des Forschungsprojekts THESEUS gewähren will. THESEUS ist ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ([www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)) gestartetes Forschungsprogramm. Es soll dazu beitragen, dass eine neue internetbasierte Wissensinfrastruktur zur besseren Verwertung der Informationen im Internet entwickelt wird.

Weitere Informationen dazu erhalten Sie unter:

<http://theseus-programm.de/>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1136&format=HTML&aged=0&language=D&guiLanguage=en>

## Keine Brachflächen mehr im Wirtschaftsjahr 2008/2009 vorgesehen

Wegen der global wachsenden Nachfrage nach Getreide und Ölfrüchten sollen landwirtschaftliche Brachflächen in der EU ab 2008/2009 in vollem Umfang betrieben werden. In Anbetracht schlechter Ernteaussichten für das Jahr 2008 sollen künftig alle zur Verfügung stehenden Flächen für die Aussaat genutzt werden. Einen entsprechenden Vorschlag wird die Kommission demnächst vorlegen. Damit wird auch die bisherige und sehr schwer verständliche Praxis vorläufig unterbrochen, brach liegende Ackerböden zu subventionieren. In Niedersachsen werden ca. 2.7 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzt, dies entspricht mehr als 50% der Landesfläche. Davon liegen zurzeit rund 100.000 Hektar brach.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/agricult/95519.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/agricult/95519.pdf)

## Uneinigkeit über Bodenschutzrahmenrichtlinie

In der EU sind schätzungsweise 52 Mio. Hektar, also mehr als 16% der gesamten Landfläche von Bodenverschlechterungen betroffen. In den zehn neueren Mitgliedsstaaten beläuft sich diese Zahl sogar auf 35%. Die Kosten für umfassende Boden-sanierungen könnten nach Kommissionsangaben daher bis zu 38 Milliarden Euro betragen.

Dies ist einer der Faktoren, warum die Europäische Kommission im September 2006 den Entwurf für eine Rahmenrichtlinie vorgelegt hat, mit der ein EU-weiter Standard und ein allgemeiner Rahmen für den Bodenschutz festgelegt werden sollen. Ziel der Richtlinie ist außerdem der Erhalt der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Aufgaben des Bodens und seiner Funktionen (u.a. Speicher von Nährstoffen und Wasser). Außerdem sollen Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden. Durch Risikovermeidung wie auch durch Risikoverminderung sollen verunreinigte Böden saniert werden.

In den im EP zuständigen Ausschüssen, dem Umweltausschuss (Federführung), dem Industrieausschuss und dem Landwirtschaftsausschuss (Mitberatung) hat sich eine kontroverse Diskussion über die Richtlinie entwickelt. Die Positionen reichen von der totalen Ablehnung der Richtlinie bis zu kleineren Änderungen. Die Konfliktlinie verläuft quer durch alle Fraktionen.

*Erika Mann ist der Meinung, dass diese Richtlinie nicht zu einer Überregulierung in Europa führen sollte, es auf der anderen Seite aber durchaus sinnvoll sein kann, eine gewisse Angleichung europäischer Standards zu erreichen. Eine ausführliche Information ist auf der Internetseite [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com) zu finden, diese Information kann ihnen selbstverständlich auch zugeschickt werden.*

Zum Berichtsentwurf des Umweltausschusses

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/678/678969/678969de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/678/678969/678969de.pdf)

Entwurf einer Stellungnahme des Industriausschusses

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pa/648/648960/648960de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pa/648/648960/648960de.pdf)

## Immer noch deutliches Lohngefälle zwischen Männern und Frauen

Das Lohngefälle in der EU hat sich in den vergangenen 10 Jahren nicht wesentlich verändert. Im Durchschnitt verdienen Frauen 15 % weniger als Männer. Das geht aus einem aktuellen Bericht der EU-Kommission hervor. Der Bericht enthält darüber hinaus Hinweise auf die Ursachen. Zu den Hauptursachen für den Lohnunterschied wird unter anderem eine unterschiedliche Bewertung der Kompetenzen von Frauen im Vergleich zu Männern angeführt.

<http://equality2007.europa.eu>

Den vollständigen Bericht finden Sie unter nachstehendem Link:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/news/2007/jul/genderpaygap\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/jul/genderpaygap_de.pdf)

## Universitätsgespräche

Regelmäßig besucht Erika Mann im Sommer niedersächsische Hochschulen in der von ihr betreuten Region. Am 13. Juli fand ein Gespräch mit dem Präsidenten von Figura der Georg-August-Universität Göttingen statt und am 20. August ein Gespräch mit dem Präsidenten Barke der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover. Im weiteren Verlauf des Jahres werden Gespräche in Lüneburg, Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld mit den jeweiligen Präsidenten folgen. Ziel dieser Gespräche ist unter anderem, sich über die ersten Erfahrungen des Anfang 2007 gestarteten 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) wie auch die Entwicklungspläne der jeweiligen Universitäten auszutauschen.

Zur Website des Bundesforschungsministeriums zum 7. FRP

<http://www.forschungsrahmenprogramm.de/>

Die Kommission hat im Frühjahr des Jahres einen Vorschlag zum Europäischen Forschungsraum herausgegeben. Nach dem im August abgeschlossenen öffentlichen Konsultationsprozess werden 2008 konkrete Vorschläge vorgelegt. Eine ausführliche Kommentierung finden sie ab Oktober auf der Internetseite [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com).

Website der Kommission zum Europäischen Forschungsraum:

[http://ec.europa.eu/research/era/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/research/era/index_de.html)

## Wissenschaftliche Versuche an Primaten sollen überprüft werden

Mehr als die Hälfte der EP-Abgeordneten haben in den vergangenen Monaten eine schriftliche Erklärung unterzeichnet, in der die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten und das Parlament selbst aufgefordert werden, sich gegen wissenschaftliche Versuche an Primaten einzusetzen. Bis zum Ablauf der Frist zur Unterzeichnung am 6. September hatten 416 Parlamentarier die Erklärung unterzeichnet. Damit wurde eine formelle Hürde genommen, die nötig ist, um die EU-Institutionen zum Handeln zu verpflichten.

*Erika Mann hat die Erklärung nicht unterzeichnet. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen enthält die Erklärung teilweise falsche Behauptungen und zum anderen werden Praktiken unterstellt, die nicht stattfinden. Beispielsweise wird geschrieben, dass es schwierig sein könnte, "Primaten vor Bedrohungen wie der des Verzehrs durch den Menschen zu schützen". Diese Annahme ist absurd und hat nichts mit der tatsächlichen Behandlung von Primaten zu tun. Die Forschung an Primaten macht tatsächlich nur 0,09% der Forschung an Tieren aus und darf schon heute nur dort angewandt werden, wo keine Alternative möglich ist. Die Forschung an Primaten vollständig zu verbieten ist nicht sinnvoll, da sie nach wie vor für die Forschung an Volkskrankheiten wie etwa Parkinson notwendig ist. Die Europäische Union ist federführend in der internationalen Gesetzgebung in vielen Bereichen, i.d.R. haben diese Gesetzgebungen zur Folge, dass mehr getestet werden muss. Es ist nicht sinnvoll und moralisch verantwortlich diese Tests in das Europäische Ausland, durch ein Verbot in der EU, zu verlagern.*

Derzeit überarbeitet die Kommission die geltende Richtlinie aus dem Jahr 1986 (86/609/EG). Im Juni 2007 hat die Kommission ihre Empfehlung für die Leitlinien der Unterbringung und Pflege für Tiere, die für Experimente oder andere wissenschaftliche Zwecke verwendet werden, veröffentlicht (C(2007)2525). Darin wer-

den auch besondere und sehr detaillierte Empfehlungen für die Behandlung nicht-menschlicher Primaten gemacht. Bei der kommenden Überarbeitung der Richtlinie 86/609/EG wird es sinnvoll sein, zu überprüfen, ob die europäische Koordinierung ausreichend ist, oder ob weitere Regelungen notwendig sind, um die Bedingungen für Primaten und andere Versuchstiere so gut wie möglich zu gestalten.

Zum Text der Schriftlichen Erklärung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+WDECL+P6-DCL-2007-0040+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

## Gefahrguttransport verbessern

Acht Prozent aller auf Straßen, Schienen und Schiffen transportierten Güter sind Gefahrgüter; rund 110 Mrd/tkm gefährlicher Güter werden jährlich in der EU transportiert. Damit der Transport dieser Güter zukünftig noch sicherer verlaufen kann, werden die bisher geltenden Richtlinien überarbeitet. Gleichzeitig mit dieser Überarbeitung wird der Anwendungsbereich der Richtlinie auf die Binnenschifffahrt ausgedehnt. Die Binnenschifffahrt unterlag bislang keiner Gemeinschaftsregelung.

Außerdem soll durch eine Zusammenführung von vier unterschiedlichen Richtlinien künftig ein einziger Rechtsakt den Gefahrguttransport regeln. Dadurch wird eine Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts angestrebt.

Das Europäische Parlament hat am 5. September den Bericht des Verkehrsausschusses ("Über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland" - Berichterstatter Boguslaw Liberadzki) in erster Lesung angenommen, in dem das Parlament die Vorgehensweise der Kommission unterstützt. Das Parlament begrüßt die Harmonisierung (einheitliches Sicherheitsniveau) und die Reduzierung der Rechtsakte sowie die Möglichkeit, Risiken zu minimieren.

Den Berichtsentwurf finden Sie hier:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/661/661159/661159de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/661/661159/661159de.pdf)

## "Gigaliner" auf bestimmte Strecken beschränken

Neben dem Bericht des Abgeordneten Liberadzki wurde auch über der Initiativbericht "Güterverkehrslogistik in Europa - der Schlüssel zur nachhaltigen Mobilität" des Verkehrsausschusses abgestimmt. In dem Bericht von Inés Ayala Sender wird ein Aktionsplan für Güterlogistik gefordert. Die Kommission hat bereits angekündigt, dem Parlament einen derartigen Plan vorzulegen. Des Weiteren fordert das Europäische Parlament, Lkw mit 60-Tonnen Gewicht (so genannte Gigaliner) und die Zulassung dieser Lkw auf bestimmte Straßen zu beschränken. Es sprach sich gegen ein vereinfachtes Zulassungsverfahren aus.

*Derzeit laufen unter anderem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erste Versuche mit Gigalinern, die aus verschiedenen Gründen umstritten sind. Einer der Gründe ist die Befürchtung, dass die bereits hohen Unfallzahlen an denen Lkw beteiligt sind weiter steigen und noch größere Schäden verursachen könnten. Deshalb ist es sinnvoll, ganz konkrete Bedingungen festzulegen, wie z.B. ein Überholverbot für Gigaliner und eine Zulassung für ganz bestimmte Strecken. Für die Gigaliner spricht jedoch ihr verhältnismäßig geringer Kraftstoffverbrauch.*

Zum Berichtsentwurf von Inés Ayala:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/648/648604/648604de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/648/648604/648604de.pdf)

## Nützliche Informationen

In dieser Rubrik möchte ich Sie wie gewohnt auf interessante Publikationen hinweisen. Vor allem die zwei Berichte der DB Research möchte ich Ihnen empfehlen, die gute Einblicke in die aufstrebenden Länder Indien und Vietnam vermitteln:

DB Research - Indiens Kapitalmärkte: Wegbereiter für künftiges Wachstum:

[http://www.dbresearch.com/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000212717.pdf](http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000212717.pdf)

DB Research - Vietnam verstehen: Ein Blick hinter die Zahlen und Fakten

[http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000214630.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000214630.pdf)

EU-Themenheft Nr. 20: Bildung – Europas wertvollster Rohstoff:

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu\\_nachrichten/eu-themenheft-20-web.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-themenheft-20-web.pdf)

PublicPrivatePartnership Journal:

<http://www.publicservice.co.uk/publications.asp>

Newsletter - September 2007.doc

## *Hinweise auf ausgewählte wichtige Termine in der Niedersachsen*

### **Landkreisbereisung im August**

Die sitzungsfreie Zeit des Europäischen Parlaments hat Erika Mann wie jedes Jahr genutzt, um ihren Wahlkreis zu bereisen. Im August führte sie Gespräche mit Vertretern aus Forschung, Wirtschaft und Politik in den folgenden Landkreisen:

- 20.8. Hannover
- 21.8. Peine und Wolfenbüttel
- 22.8. Schaumburg
- 23.8. Northeim
- 24.8. Hameln-Pyrmont

Hinweise über die Gespräche dazu werden in Kürze auf der Homepage [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com) zu finden sein.

### **10. September 2007**

Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft  
10.00-12.00 Uhr  
Campe-Gymnasium, Wilhelmstraße 13, Holzminden

Das Campe-Gymnasium führt regelmäßig einen Schüleraustausch mit dem Mendelgymnasium im tschechischen Opava durch. Auf Einladung des Campe-Gymnasiums wird Erika Mann am 10. September die Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe und deren tschechische Austauschpartner treffen um über europapolitische Themen zu diskutieren. Insbesondere die deutsche Ratspräsidentschaft, die kommende Vertragsreform und die Beziehungen zwischen der EU und osteuropäischen Staaten sollen dabei thematisiert werden.

### **20. September 2007**

Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) und das Innovation Relay Center (IRC) der NBank  
"Das Geschäft mit den Kopien - Möglichkeiten des Markenschutzes"  
18:30 Uhr  
NBank, Günther-Wagner-Allee 12-14, Hannover

Anmeldung & Informationen:

E-Mail: [steven.amenda@nbank.de](mailto:steven.amenda@nbank.de), Tel. 0511 30031-361

Quelle: NBank Newsletter 6/2007

### **13. September 2007**

Technologietransfer-Kreis (TT-Kreis) der ForschungRegion Braunschweig e.V.  
"CO<sub>2</sub>-Reduktion und Klimawandel: Eine Chance für junge Unternehmen der Region!"  
18.00 Uhr  
SOLVIS, Grottrian-Steinweg-Straße 12, Braunschweig

Anmeldung und Information:

[ralf.richter@dlr.de](mailto:ralf.richter@dlr.de)

Quelle: [http://www.braunschweig.de/wirtschaft\\_wissenschaft\\_bildung/stadt-der-wissenschaft/veranstaltungsprogramm.html?mode=details&event\\_id=103460&date=2007-09-13&text=&loc=0&org=0&tag=0&ptag=0](http://www.braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft_bildung/stadt-der-wissenschaft/veranstaltungsprogramm.html?mode=details&event_id=103460&date=2007-09-13&text=&loc=0&org=0&tag=0&ptag=0)

### **12./13. September 2007**

Küstenbereisung: Auf Einladung von Erika Mann wird der Leiter der „Task-Force Maritime Policy“ John Richardson am 12. und 13. September in Norddeutschland sein, um sich in Hamburg und Niedersachsen (JadeWeserPort). mit den Verantwortlichen und Entscheidern aus den relevanten Bereichen der Küsten- und Meerespolitik auszutauschen.

## *Hinweis auf ausgewählte wichtige Termine in Brüssel oder "dem Rest der Welt"*

## **19. September 2007**

2. GESA-Konferenz

10:00-17:00 Uhr

Europäisches Parlament, Brüssel

Die German-European Security Association (GESA) wurde Ende vergangenen Jahres von Erika Mann und weiteren Europaabgeordneten gegründet (siehe Newsletter Juni 2007). In den letzten Monaten hat sich GESA etabliert. Es wurden drei Arbeitsgruppen zu den Themen Flughafensicherheit, IT-Sicherheit und Sicherheitsmarkt gegründet. In allen drei Bereichen werden regelmäßig thematische Workshops durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Workshops werden im Rahmen der Mitgliederversammlung am 19. September 2007 vorgestellt.

Erika Mann leitet die Arbeitsgruppe IT-Sicherheit und wird als stellvertretende Vorsitzende am 19. September die Begrüßung der Konferenzteilnehmer übernehmen.

<http://www.gesa-network.de/7.html>

## **17. September 2007**

Forschungsgruppe "Recht und Ökonomie der Netzregulierung"

Workshop "Ownership Unbundling - Hoffnungen und Risiken"

13.00-17.15 Uhr

Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Brüssel

Die Europäische Kommission wird im Herbst 2007 das dritte Richtlinienpaket zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte vorlegen. Schon jetzt ist deutlich, dass die darin enthaltenen Vorschläge tiefgreifende strukturelle Folgen für die europäische Energiewirtschaft haben werden. Einer der wichtigsten Aspekte wird die eigentumsrechtliche Regelung für Betreiber und Inhaber von Gas- und Stromnetzen sein. Es ist zu erwarten, dass dieser Punkt die größten Meinungsunterschiede hervorrufen wird.

Erika Mann wird bei der Veranstaltung zum Thema "Ownership Unbundling" referieren. An dem im Herbst beginnenden Rechtsetzungsprozess wird sich Erika Mann intensiv beteiligen und für eine Lösung einsetzen, die einerseits zu besseren Wettbewerbsbedingungen und andererseits nicht zu einem zu starken Eingriff in die Unternehmensfreiheit führen. Wir werden Sie über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

## **17. September 2007**

AeA (American Electronics Association)

"Energieeffizienz und High-Tech - Wie kann der High-Tech Sektor dazu beitragen, den Energieverbrauch bis 2020 auf 20% zu reduzieren?"

16.30-18.30 Uhr

Renaissance Hotel, Brüssel

Die AeA Europe repräsentiert Europas führende High-Tech Unternehmen die einem US-Unternehmen zugehören (u.a. Microsoft, Intel, IBM, HP, General Electric). Diese Firmen investieren gemeinsam rund 100 Mrd. Euro und beschäftigen ca. 500.000 Menschen in der EU.

Am 17. September wird der AeA Energie Effizienz Bericht in Brüssel vorgestellt. Erika Mann wird im Rahmen dieser Vorstellung eine "keynote-speech" zum Themenbereich Energieeffizienz zu geben. Erika Mann arbeitet eng mit vielen High-Tech Unternehmen in Europa und den USA zusammen.

## **11. September 2007**

Fraunhofer Gesellschaft

Veranstaltung zum Thema "Fraunhofer's Energy Roadmap: Meeting Europe's Energy Goal"

12.00-14.30 Uhr

Landesvertretung Freistaat Bayern, Brüssel

Die Fraunhofergesellschaft, eine der größten deutschen Forschungsgesellschaften, bündelt ihre Kompetenz in Energiefragen in der Fraunhofer Energie Allianz. Mitglied dieser Allianz sind 21 Institute die sich auf Energietechnologien und Energiemanagement spezialisiert haben. Ihr Ziel ist die Stärkung der europäischen Rolle im Bereich Energietechnologie und der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

[www.fraunhofer.de](http://www.fraunhofer.de)

## **10. September 2007**

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Forum Küste und Meer: „Die maritime Kompetenz in Niedersachsen“

13.30-18.00 Uhr

Landesvertretung Niedersachsen, Brüssel

Die Veranstaltung findet im Zusammenhang mit dem "Grünbuch Meerespolitik" statt, für dessen Umsetzung demnächst eine Strategie und konkrete Maßnahmen entwickelt werden. Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Walter Hirche wird die maritime Kompetenz Niedersachsens in Brüssel vorstellen (siehe dazu auch Hinweis auf Termine in der Region am 12./13. September).

**05. September 2007**

"Freedom Drive 2007"

15.00-17.00 Uhr

Europäisches Parlament, Straßburg

Im Rahmen des europäischen Jahres der Chancengleichheit hat eine Gruppe von 50 Personen anlässlich des so genannten "Freedom Drive 2007" das Europäische Parlament besucht. Mit der Gruppe hat sich Erika Mann zu einem Gespräch über die Situation und Probleme behinderter Menschen getroffen.

„Europäisches Jahres der Chancengleichheit 2007“:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/eyeq/index.cfm?&](http://ec.europa.eu/employment_social/eyeq/index.cfm?&)

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik